Deutscher Bundestag **Drucksache 14/9586**

14. Wahlperiode 26. 06. 2002

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (19. Ausschuss)

1. zu dem Antrag der Abgeordneten Ulrike Flach, Cornelia Pieper, Birgit Homburger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P.
– Drucksache 14/5576 –

Förderung der Energiespeicherforschung

2. zu dem Antrag der Abgeordneten Ulrike Flach, Birgit Homburger, Horst Friedrich (Bayreuth), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 14/9392 –

Gegen ein Forschungsverbot in der Gashydratforschung

3. zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 14/8040 –

Faktenbericht 2002
zum Bundesbericht Forschung 2000

A. Problem

1. Eine verstärkte Förderung der Energiespeicherforschung durch die Bundesregierung soll die Möglichkeit für eine zukünftige Nutzung erneuerbarer Energiequellen verbessern.
2. Die Förderung der Gashydratforschung durch die Bundesregierung soll fortgesetzt und verstärkt werden, um neue Erkenntnisse über die Wechselwirkung zwischen Gashydratvorkommen und Umwelt zu gewinnen sowie um Möglichkeiten einer zukünftigen Energieversorgung mit Hilfe der Gashydratvorkommen zu erforschen.

3. Die Bundesregierung ist verpflichtet, alle 4 Jahre dem Deutschen Bundestag einen Bundesbericht Forschung vorzulegen und 2 Jahre nach Erscheinen eines Bundesberichts Forschung eine Aktualisierung durch einen Faktenbericht vorzunehmen.

B. Lösung

1. **Ablehnung des Antrags – Drucksache 14/5576 – mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU**
2. **Ablehnung des Antrags – Drucksache 14/9392 – mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP**
3. **In Kenntnis der Unterrichtung durch die Bundesregierung – Drucksache 14/8040 – Annahme einer Entschließung mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS**

C. Alternativen

Annahme der Anträge in Drucksache 14/5576 und/oder 14/9392.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag – Drucksache 14/5576 – abzulehnen;
2. den Antrag – Drucksache 14/9392 – abzulehnen;
3. in Kenntnis der Unterrichtung durch die Bundesregierung – Drucksache 14/8040 – die folgende Entschließung anzunehmen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Qualität der Forschung ist für die Innovationskraft von Wirtschaft und Wissenschaft in einem rohstoffarmen Land wie Deutschland von entscheidender Bedeutung. Und nur eine moderne Forschungspolitik, die Rahmenbedingungen setzt für Innovationen und neue Arbeitsplätze, die nachhaltiges Wachstum fördert, den Strukturwandel beschleunigt und Forschung und neue Technologien in den Dienst der Menschen stellt, schafft die Grundlagen für gesellschaftliche Entwicklung, wirtschaftliches Wachstum und kulturelle Vielfalt. Diesem Ziel hat sich die Bundesregierung seit ihrem Amtsantritt 1998 verschrieben:

Heute, gegen Ende der Legislaturperiode, ist die Bilanz der rot-grünen Bundesregierung beeindruckend.

- Die Bundesregierung hat den Haushalt für Bildung und Forschung seit 1998 trotz Haushaltskonsolidierung um über 21 % erhöht. Zwischen 1993 und 1998 waren die Ausgaben des BMBF (Bundesministerium für Bildung und Forschung) um ca. 360 Mio. Euro abgesenkt worden. Die Bundesregierung hat den Trend umgekehrt und den Anschluss an die Weltspitze gefunden.
- Die Bundesregierung hat in zukunftsträchtige Schlüsselbereiche investiert und damit die zukünftige Leistungsfähigkeit Deutschlands gestärkt. Seit 1998 hat das BMBF die Projektförderung um über 43 % erhöht. Diese Mittel fließen in innovative Forschungsfelder wie IT-Technologie, Biotechnologie und Medizin sowie in die Forschung für eine umweltgerechte nachhaltige Entwicklung. Darüber hinaus hat die Bundesregierung durch Mittel aus UMTS-Zinseinsparungen einen neuen Schwerpunkt auf die Erforschung erneuerbarer Energien gelegt.
- Die Bundesregierung hat die notwendigen Reformen der deutschen Forschungslandschaft angepackt, indem sie die Projektförderung gegenüber der institutionellen Förderung gestärkt hat. Projektförderung bedeutet mehr Flexibilität, mehr Wettbewerb und mehr Qualität.
- Die Bundesregierung hat durch die Einführung der Juniorprofessur und die Reform der Professorenbesoldung die Voraussetzungen geschaffen, damit die deutschen Hochschulen und Forschungseinrichtungen durch attraktive Arbeitsbedingungen sowie flexiblere und leistungsorientierte Vergütungen die für ihre Forschung benötigten Spitzenkräfte – auch aus dem Ausland oder aus der Wirtschaft – gewinnen können.
- Die Bundesregierung hat die wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Ressourcen in den neuen Ländern mit jährlich über 1,5 Mrd. Euro gestärkt und mit den Förderprogrammen „InnoRegio“ sowie „Innovative regionale Wachstumskerne“ wichtige Impulse zum Ausbau regionaler Innovationspotenziale und zukunftsfähiger Arbeitsplätze gegeben.

- Die Bundesregierung hat für den zügigen Wissens- und Technologietransfer in die Wirtschaft eine Verwertungsoffensive in Angriff genommen, die auf eine Steigerung der Patentanmeldungen an den Hochschulen und eine bessere Vermarktung solcher Patente abzielt.

- Die Bundesregierung hat die Frauenförderung zu einer vordringlichen Aufgabe gemacht, weil ein moderner Forschungsstandort darauf angewiesen ist, Frauen eine gleichberechtigte Teilhabe an Forschung und Lehre zu ermöglichen und das gesamte wissenschaftliche Potenzial der Gesellschaft zu nutzen.

Trotz dieser in der laufenden Legislaturperiode sehr erfolgreichen Forschungspolitik bleibt für die kommenden vier Jahre noch viel zu tun. Vier Jahre reichen nicht aus, um verstetigte innovationsfördernde Strukturen zu schaffen. Das Reformwerk muss gesichert und fortentwickelt werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- nach der positiv angelaufenen Reform der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren ist die Eigenverantwortlichkeit der Forschungseinrichtungen weiterhin durch Flexibilisierungsmaßnahmen zu verstärken und ihre Vernetzung weiter zu fördern.

- Die Bundesregierung und die Tarifpartner sollen die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um die Anstellungs- und Vergütungsbedingungen für das tarifliche Personal der Forschungseinrichtungen durch einen „Wissenschaftstarifvertrag“ zu reformieren und dadurch Mobilitätshemmnisse beim Wechsel zwischen Wissenschaft und Wirtschaft abzubauen.

- Die Entbürokratisierung der Förderverfahren ist fortzusetzen. Gleichzeitig sind neue Programme noch stärker an den Bedürfnissen kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) zu orientieren, um den Anteil von KMU an der Forschungsförderung noch weiter zu steigern.

- Um Talente in den neuen Ländern zu fördern und ihnen attraktive Arbeitsplätze vor Ort zu bieten, sind Programme zur Unterstützung von Innovationsnetzwerken und zum Aufbau von Kompetenzzentren an Hochschulen weiterzuentwickeln.

- Das bestehende Gesundheitsforschungsprogramm der Bundesregierung ist mit einer noch deutlicheren Priorität für Prävention, Gesundheitsförderung und Alternsforschung fortzusetzen.

- Es ist ein Rahmenkonzept zur Nanotechnologie vorzulegen, das darauf abzielt, nanotechnologisches Know-how am Standort Deutschland zu bündeln und Spitzenforschung in diesem entwicklungsoffenen Technologiefeld und erfolgsversprechenden Zukunftsmarkt in Deutschland zu ermöglichen.

- Die Forschungspolitik muss noch stärker zum Klimaschutz beitragen. Deshalb ist ein neues Umweltforschungsprogramm zu erarbeiten, das zum einen unser Verständnis der Ursachen von Klimaveränderungen und deren Auswirkungen auf Natur und Gesellschaft vertiefen und zum anderen auch technische und gesellschaftliche Innovationen stimulieren soll.

- Es ist ein neues, an den Prinzipien der Nachhaltigkeit orientiertes, interdisziplinäres und in die Zukunft weisendes Energieforschungsprogramm, das einen deutlichen Schwerpunkt auf die Förderung der Energieeffizienz, der Energieeinsparung, der Vermeidung fossiler Emissionen und der Nutzung erneuerbarer Energien legt, zu entwickeln.

Berlin, den 26. Juni 2002

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Ulrike Flach
Vorsitzende und Berichterstatterin

Jörg Tauss
Berichterstatter

Dr. Gerhard Friedrich (Erlangen)
Berichterstatter

Hans-Josef Fell
Berichterstatter

Wolfgang Bierstedt
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Jörg Tauss, Dr. Gerhard Friedrich (Erlangen), Hans-Josef Fell, Ulrike Flach und Wolfgang Bierstedt

I. Überweisung

1. Der Antrag der Fraktion der FDP – Drucksache 14/5576 – wurde vom 14. Deutschen Bundestag in seiner 233. Sitzung am 25. April 2002 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und an den Haushaltsausschuss überwiesen.

2. Der Antrag der Fraktion der FDP – Drucksache 14/9392 – wurde vom 14. Deutschen Bundestag in seiner 242. Sitzung am 13. Juni 2002 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie und an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit überwiesen.

3. Die Unterrichtung durch die Bundesregierung – Drucksache 14/8040 – wurde durch eine Unterrichtung gemäß § 80 Abs. 3 GO-BT – Drucksache 14/8829, Ziffer 1.6 – zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Gesundheit überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

1. Unter Hinweis auf den unbefriedigenden technologischen Stand der Energiespeicher und die Notwendigkeit einer weiteren technischen Entwicklung dieser Speicher wird die Bundesregierung aufgefordert, 30 % der für die Erforschung und Entwicklung alternativer Energiequellen aufgewendeten Haushaltsmittel in die Erforschung von neuen Techniken zur Speicherung großer Energiemengen umzulenken.

2. Die Antragsteller erklären die Bedeutung der Gashydratforschung für die Umweltforschung und die zukünftige Energieversorgung. Die Bundesregierung wird aufgefordert, im Jahr der Geowissenschaften ein deutliches Signal zur Weiterführung bzw. zum Ausbau der Gashydratforschung zu setzen und die Entwicklung von Technologien zum Abbau der Gashydrate für die Sicherung einer zukünftigen Energieversorgung zu fördern.

3. Der Faktenbericht enthält aktuelle Informationen und Daten zur Struktur der deutschen Forschungslandschaft und ihrer Finanzierung sowie zu den finanziellen Ressourcen für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung in Deutschland im internationalen Vergleich.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

1. Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag – Drucksache 14/5576 – in seiner Sitzung am 12. Juni 2002 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP die Ablehnung des Antrags empfohlen.

   Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag – Drucksache 14/5576 – in seiner Sitzung am 12. Juni 2002 beraten und mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP dem federführenden Ausschuss die Ablehnung des Antrags empfohlen.

   Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag – Drucksache 14/5576 – in seiner Sitzung am 12. Juni 2002 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP die Ablehnung des Antrags empfohlen.

   Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat den Antrag – Drucksache 14/5576 – in seiner Sitzung am 26. Juni 2002 beraten und schlägt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU die Ablehnung des Antrags vor.

2. Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag der Fraktion der FDP – Drucksache 14/9392 – in seiner Sitzung am 26. Juni 2002 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS abgelehnt.

   Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner Sitzung am 26. Juni 2002 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP die Ablehnung des Antrags empfohlen.

3. Der **Ausschuss für Gesundheit** hat die Unterrichtung durch die Bundesregierung – Drucksache 14/8040 – in seiner Sitzung am 26. Juni 2002 zur Kenntnis genommen. Zum Entschließungsantrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Ausschuss mit den Stimmen der antragstellenden Fraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP die Annahme empfohlen.

IV. Beratungsverlauf und -ergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlagen in seiner Sitzung am 26. Juni 2002 beraten und anschließend die vorgenannte Beschlussempfehlung verabschiedet.

1. Der Antrag der Fraktion der FDP – Drucksache 14/5576 – wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU abgelehnt.

2. Der Antrag der Fraktion der FDP – Drucksache 14/9392 – wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP abgelehnt.

3. Die Unterrichtung durch die Bundesregierung – Drucksache 14/8040 – wurde einvernehmlich zur Kenntnis genommen.

   Der dazu von den Regierungsfraktionen eingebrachte Entschließungsantrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS angenommen.

Bezüglich des Beratungsverlaufs im Ausschuss wird auf das Protokoll der Ausschusssitzung verwiesen.

Berlin, den 26. Juni 2002

Jörg Tauss Berichterstatter	**Dr. Gerhard Friedrich (Erlangen)** Berichterstatter	**Hans-Josef Fell** Berichterstatter
Ulrike Flach Berichterstatterin	**Wolfgang Bierstedt** Berichterstatter	



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333